

Sind sich die Grünen nicht mehr «grün»?

-dw- Nachdem der 1987 gegründete «Verein Grüne Mitte» seine Auflösung und den gleichzeitigen Zusammenschluss mit der GP/GAB zur neuen Grünen Partei Basel-Stadt (Grüne Mitte, GP/GAB) beschlossen hat, ist nun ein Streit um den Namen «Grüne Mitte» entstanden. Hintergrund bildet die Gründung einer eigenen «Partei der Grünen Mitte» durch einige Mitglieder des ehemaligen Vereins, die unter der Federführung des Riehener Grossrates Thomas Wilhelmi die Fusion nicht mitmachen wollten, weil sie darin eine Abkehr von den ursprünglichen Zielen einer grünbürgerlichen zugunsten einer linksorientierten Politik sehen.

Am 17. Dezember hat sich der «Verein Grüne Mitte» anlässlich einer Parteiversammlung aufgelöst. Die Mehrheit seiner Mitglieder unterstützte den Beschluss, sich mit der GP/GAB zur Vereinigten Grünen Partei (Grüne Mitte, GP/GAB) zusammenzuschliessen. Diese Gründungsversammlung wurde am 24. Januar abgehalten. Als Präsident wurde auf Vorschlag der «Grünen Mitte» Walter Bieri von der früheren GAB gewählt, während sich von nun an Marianne Schmid-Thurnherr (GP/GAB) und Peter Schiess (Grüne Mitte) in das Vizepräsidium teilen wollen. Die beiden Parteien wollen aber trotz ihres Zusammenschlusses als eigenständige Vereine bestehen bleiben, wobei die Vertreter der «Grünen Mitte» ihren Namen beibehalten wollen.

Dies hat nun allerdings zu einem Streit geführt, denn eine Minderheit der ehemaligen «Grünen Mitte» unter der Leitung des Riehener Grossrates Thomas Wilhelmi wollte die Fusion nicht mitmachen und hat deshalb eine eigene «Partei der Grünen Mitte» gegründet, die nun ihrerseits diesen Namen für sich in Anspruch nimmt. Gegenüber der RZ begründete Thomas Wilhelmi diesen Beschluss dahingehend, dass der «Verein Grüne Mitte» in den letzten Jahren immer mehr von seiner ursprünglich bürgerlich-grünen Herkunft ins linke politische Lager abgedriftet sei. Diese Entwicklung habe ihn zunehmend mit Besorgnis erfüllt und er habe deshalb den Zusammenschluss mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbaren können. Dies umso mehr, weil durch diesen Zusammenschluss das Gewicht der «Grünen Mitte» noch bedeutend geschmälert würde.

In den Reihen der neuen vereinigten Grünen Partei Basel-Stadt wird dieser Alleingang von Thomas Wilhelmi und seiner neuen Partei sehr bedauert. So meint Annemarie Bürgin, Vertreterin der ehemaligen «Grünen Mitte» im Riehener Einwohnerrat, dass dieser Schritt den Bemühungen, das grüne Parteienspektrum für die Wählerinnen und Wähler überschaubarer und damit wählbarer zu machen, diametral entgegenlaufe. Sie verwahrt sich auch mit Nachdruck gegen die Äusserung Wilhelmis, die ursprünglichen Anliegen der «Grünen Mitte» seien schon seit längerer Zeit einem verstärkten «Linksdrall» gewichen bzw. dass diese Tendenz durch den Zusammenschluss noch verstärkt würde. Sie habe ihr Ziel, ökologischen Anliegen als Vertreterin der politischen Mitte Gehör zu verschaffen, keineswegs aufgegeben. Sie sei im übrigen sehr erstaunt über die Art und Weise, wie Thomas Wilhelmi seinen Alleingang unternommen habe, erklärte Annemarie Bürgin gegenüber der RZ. An der Auflösungsversammlung sei davon nämlich kein Wort gesagt worden.

In ähnlicher Weise äusserte sich auch Grossrätin Marianne Schmid-Thurnherr, die die Spaltung ebenfalls sehr bedauert. Ihr liege im übrigen sehr am Herzen, endlich vom überholten «Links-Rechts»-Schema wegzukommen, das gerade in ökologischen Fragen äusserst kontraproduktiv sei. Mit der Gründung einer eigenen Partei trage Thomas Wilhelmi nicht gerade zur Vereinfachung der grünen politischen Landschaft bei.

Kommt es zur Gerichtsverhandlung?

Ein Hauptpunkt in der Diskussion ist wie erwähnt der Anspruch beider Seiten, den Namen «Grüne Mitte» weiterhin für ihre Zwecke verwenden zu können. Da sich dieser Begriff bei den Wählerinnen und Wählern eingepreigt hat, besteht verständlicherweise von beiden Seiten ein grosses Interesse daran, von der «Popularität» des Namens zu profitieren. Im Moment macht es den Anschein, als ob sich die Kontrahenten eher unversöhnlich gegenüberstünden. Dies könnte bedeuten, dass eine Gerichtsverhandlung nötig sein wird, um Klarheit darüber zu schaffen, wer denn nun berechtigt ist, den Namen «Grüne Mitte» auf seine Fahne zu schreiben.

Hemmnis für die Grossratswahlen?

Man braucht nicht Prophet zu sein, um zu erkennen, dass dieser «Parteienkrieg» den beiden Lagern und ihren ökologischen Anliegen im Hinblick auf die bald anstehenden Grossrats- und Nationalratswahlen nicht eben förderlich sein dürfte. So zeigen sich auch andere Parteien, etwa die VEW oder der LdU im Moment noch sehr zurückhaltend in Bezug auf mögliche Fraktions- oder Listen-

verbindungen für diese Wahlen. Eine abwartende Haltung kennzeichnet die Stimmung in diesen Parteien.

So meint zum Beispiel Jasmine Faulstich, Präsidentin des LdU, dass man zuerst zuwarten wolle, wie sich die ganze Sache weiterentwickelt. In erster Linie müssten sich die zerstrittenen Parteien zuerst untereinander einigen, bevor man über ein Zusammengehen mit dem Einen, dem Anderen oder sogar Beiden entscheiden könne. Wohl würde man sich in nächster Zeit mit beiden Parteien an einen Tisch setzen, eine Entscheidung sei aber noch keineswegs gefallen. Allerdings sei von ihrer Warte aus betrachtet die neue Partei von Thomas Wilhelmi in ihrer politischen Stossrichtung eindeutiger auszumachen als etwa die vereingte Grüne Partei Basel-Stadt. Dort müsse sich zuerst noch zeigen, wie sich die Fusion auf die politischen Zielsetzungen auswirke.

Offene Fragen auch in Riehen

Auch wenn die Riehener Gemeinde- und Einwohnerratswahlen erst ein knappes Jahr zurückliegen, stellt sich dennoch die Frage, wie sich diese Auseinandersetzung auf den politischen Alltag in Riehen auswirken wird. Während Annemarie Bürgin als Vertreterin der «Grünen Mitte» im Einwohnerrat die Fusion ihrer Partei mit der GP/GAB begrüsst, steht der zwar parteilose, dem grünen Lager aber nahestehende Hans Rudolf Brenner dem Zusammenschluss ablehnend gegenüber. Gegenüber der RZ zeigte er zwar ein gewisses Verständnis für den Wunsch einer «Flurbereinigung» im grünen Lager, er befürchte aber, dass mit dem Zusammenschluss die Anliegen der politischen Mitte zunehmend vernachlässigt würden. Er bedaure insbesondere die Hintergrundgeräusche, die dieser Zusammenschluss nun verursacht habe. Wie sich die ganze Angelegenheit aber auch immer entwickle, er werde auf jeden Fall parteilos bleiben, so Hans Rudolf Brenner.